## M5.1 1945: DEMOKRATISCHER NEUBEGINN?

*Die Entstehung unserer modernen Demokratie hat eine spannende Geschichte. Eine besondere Rolle spielen dabei die Revolution von 1848/49, die Novemberrevolution 1918/19 und die Weimarer Republik. Aus den Kämpfen für mehr Freiheit, Gleichberechtigung, Teilhabe, Sozialstaat und zivilgesellschaftliches Engagement ist unsere freiheitlich demokratische Grundordnung hervorgegangen. Ihre Geschichte spielte sich nicht nur in Berlin ab. Auch in Lippe, das bis 1947 ein weitestgehend eigenständiges Land war, fanden Veränderungen statt. Wie für alle Werte gilt auch für die Demokratie, dass sie sich im ständigen Wandel befindet. So stellt sich die Frage: „Demokratie(-geschichte): Ende gut, alles gut?“*

---

Am 8. Mai 1945 kapitulierte die Wehrmacht und die Regierungsgewalt ging auf die alliierten Militärregierungen über. Die deutsche Gesellschaft sollte entnazifiziert und demokratisiert werden. Sämtliche nationalsozialistische Amtsträger*innen sollten ihrer Ämter enthoben, Schulen und Universitäten von Naziinhalten befreit, einstige Nationalsozialist*innen vom Wert der Demokratie überzeugt werden. Parteigründungen waren in den Westzonen erst ab September 1945 möglich. In der sowjetischen Besatzungszone wurden bereits im Juni vier Parteien zugelassen. Der Ost-West-Konflikt zeichnete sich hier bereits ab, da die sowjetische Militärregierung eine Zusammenarbeit der Ostparteien mit westlichen Parteien verhinderte. Schon im April 1946 wurden in der sowjetischen Besatzungszone KPD und SPD zur SED vereinigt. Die Briten setzten in ihrer Besatzungszone durch, dass sich Parteien erst auf kommunaler Ebene bewähren mussten, bevor sie auf der Ebene der Zone tätig werden durften. Die ersten Landtage wurden 1946 in der amerikanischen Zone gewählt. In der britischen und französischen Zone war es im Frühling 1947 so weit.

Die SPD stand Ende der 1940er-Jahre unter der Leitung Kurt Schumachers, der während des Nationalsozialismus im Konzentrationslager inhaftiert worden war. Die SPD trat ein für ein sozialistisches Deutschland, eine Bodenreform und mehr Mitbestimmung in den Betrieben. Allerdings grenzte sie sich klar vom Kommunismus ab. Auch die CDU stand für Reformen. So gab es in Frankfurt Stimmen für einen ‚wirtschaftlichen Sozialismus‘ und auch im Ahlener Programm von 1947 legte man sich auf eine stärkere Regulierung der Wirtschaft und gegen Monopolbildung fest. Außerdem wollte die CDU interkonfessionell seien, also sowohl Protestant*innen als auch Katholik*innen ansprechen. Seit Januar 1946 war Konrad Adenauer, der spätere Bundeskanzler, CDU-Vorsitzender in der britischen Besatzungszone.

Die tatsächliche Aktivität der Parteien drehte sich in der Nachkriegszeit vor allem um Nahrungsmangel, Wohnungsmangel, Materialmangel und so weiter. Später kam auch die Beteiligung an der demokratischen Bildung der Jugend hinzu. So ließ der spätere Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens Amelunxen im Frühling 1946 Plakate zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen an Schulen und öffentlichen Orten aufhängen. Diese vorsichtigen Bemühungen wichen in den 1950er-Jahren in Westdeutschland einem gesamtgesellschaftlichem Schweigen über die NS-Vergangenheit.

## M5.1 1945: DEMOKRATISCHER NEUBEGINN?

Vor dem Hintergrund der Mangellage schlossen sich am 1. Januar 1947 die britische und amerikanische Besatzungszone zur Bizone zusammen. Man erhoffte sich, so die wirtschaftliche Lage zu verbessern und damit kommunistische Ideen uninteressant zu machen. Im Juni 1947 wurde mit dem Wirtschaftsrat der Bizone wieder ein parlamentarisches Organ auf westdeutschem Boden geschaffen. Seine Vertreter*innen wurden von den Landtagen der Bizone gewählt und konnten in bestimmten Bereichen sogar Gesetze erlassen. Im Frühjahr 1948 wurde der Wirtschaftsrat erweitert und eine Währungsreform diskutiert. Mit dem Inkrafttreten der Währungsreform im Westen im Juni 1948 und der Berlinblockade durch die Sowjetunion verhärteten sich die Fronten zwischen Ost und West. Die Sowjetunion reagiert auf die Währungsreform im Westen mit einer eigenen Währungsreform in ihrer Besatzungszone. Der Konflikt mündete schließlich mit der Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 in der Gründung der Bundesrepublik. Darauf reagierte die Sowjetunion am 7. Oktober 1949 mit der Gründung der DDR. Ost und West warfen sich gegenseitig vor, für die Teilung Deutschlands verantwortlich zu sein.

*Text nach: Albertin, Lothar: Politik im besiegten und befreiten Deutschland 1945. In: Stadt Detmold (Hrsg.): Detmold in der Nachkriegszeit. Bielefeld, 1994. S. 21-42.*